



THESENPAPIER

ZUR POLITISCHEN
ZUSAMMENARBEIT
MIT DEN LÄNDERN
DES NAHEN OSTENS/
NORDAFRIKA

**UMBRUCH IN NAHOST
BEGLEITEN**

3 | EINLEITUNG

5 | ZUSAMMENFASSUNG

7 | ENTFALTUNG: ZEHN GRUNDSÄTZE ZUR POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NAHEN OSTEN

- *Umbruch im Nahen Osten begleiten*
- *Sozial- und marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung fördern*
- *Eigenverantwortung stärken, um Solidarität zu ermöglichen*
- *Grundlagen für nachhaltige Entwicklung durch gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit schaffen*
- *Partizipation und Pluralismus ausweiten*
- *Dialog der Religionen und Kulturen vertiefen*
- *Sicherheit und Entwicklung miteinander verknüpfen*
- *Schöpfung bewahren – Entwicklung nachhaltig sichern*
- *Wissen verbreitern und vertiefen*
- *Regionale Konflikte und Krisen kooperativ bearbeiten*

18 | ZEHN FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE (ENTWICKLUNGS-)POLITIK

EINLEITUNG

RAHMENBEDINGUNGEN DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NAHEN OSTEN

Die Entwicklungen im Nahen Osten – hier definiert als die arabische Welt sowie Iran, Israel und die Türkei – als unmittelbare Nachbarregion Europas, sind für Deutschland wie Europa von entscheidender Bedeutung. Deutsche wie europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik haben ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen, friedlichen, gerechten und stabilen Entwicklung in der Region. Daher stehen die Fragen, wie diese zu begleiten ist, im Zentrum der Überlegungen zur Politischen Zusammenarbeit (PZ) mit der Region.

Dabei kann die Politische Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten darauf aufbauen, dass diese Weltregion historisch zu den innovativsten und dynamischsten überhaupt gehört. Die Herausbildung des modernen Europas wäre ohne die vielfältigen Bereicherungen aus der arabischen Welt so nicht möglich gewesen. Der Nahe Osten weist große Potentiale auf, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts allerdings vielfach ungenutzt sind.

Noch vor fünfzig Jahren gehörte der arabische Nahe Osten zu den dynamischsten Regionen weltweit: Länder wie Ägypten, Irak und Syrien durchliefen einen tiefgreifenden Transformationsprozess, in dem sie sich von Monarchien zu Republiken wandelten und vielversprechende Industrialisierungsprozesse anstießen. Heute kaum mehr vorstellbar ist, dass die Regierung in Kairo auf Augenhöhe mit jener in Neu-Delhi in der Blockfreienbewegung eine weltpolitisch führende Rolle spielte.

Heute befinden sich unter den Mitgliedern, Beitrittskandidaten und Partnern für verstärkte Zusammenarbeit der OECD mehrere Länder aus den klassischen Entwicklungsregionen Asiens, Lateinamerikas und Subsahara-Afrikas – Brasilien, Chile, China, Indien,

Indonesien, Korea, Mexiko und Südafrika –, aber kein arabisches Land des Nahen Ostens mit seinen drei Subregionen des Maghreb, des Maschrek und des Golfs. Im Zuge der dritten Welle der Demokratisierung haben sich weltweit demokratische Systeme herausgebildet und damit eindrucksvoll das Vorurteil widerlegt, dass Demokratie eine an den westlichen Kulturraum gebundene politische Konzeption sei. Nicht zuletzt haben viele Entwicklungsregionen in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte bei der friedlichen Bearbeitung von Konflikten erzielt, wohingegen der Nahe Osten auch im sicherheitspolitischen Bereich eine eher problematische Rolle spielt: In kaum einer Weltregion ist es in den letzten Jahren zu derart vielen zwischenstaatlichen Kriegen gekommen wie dort, und der transnationale islamistische Terrorismus der Al-Qaida hat hier seinen Ausgang genommen und besitzt im Nahen Osten nach wie vor ein wichtiges Verbreitungsgebiet.

Es gibt im Nahen Osten mit Israel und der Türkei auch zwei Länder, auf die die negativen Entwicklungsmerkmale der arabischen Welt nicht zutreffen; deren Entwicklung verläuft weitgehend abgekoppelt von der Gesamtregion. Außerdem sind in der arabischen Welt durchaus positive Entwicklungsansätze zu verzeichnen: So sind immer wieder ökonomische und politische Liberalisierungsprozesse zu beobachten. Wie indes in den Arab Human Development Reports betont wird, fällt das Niveau der menschlichen Entwicklung in der arabischen Welt nicht nur gegenüber Europa und Nordamerika, sondern auch im Vergleich zu anderen Entwicklungsregionen wie Ostasien und Lateinamerika ab. Trotz länderspezifischer Unterschiede durchläuft die Region des Nahen Ostens demnach eine umfassende Krise, die fast alle Aspekte der drei politischen Kernbereiche Herrschaft, Wohlfahrt und Sicherheit prägt. Ziel des vorliegenden Grundsatzpapiers ist es, auf der Grundlage einer Analyse dieser Krise aufzuzeigen, wie die Politische Zusammenarbeit einen Beitrag zu deren Überwindung leisten kann.

Politische Zusammenarbeit gründet auf der Idee, dass Entwicklung nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern einen politischen Rahmen erfordert, zu dessen positiver Gestaltung diese einen Beitrag leisten will. In kaum einer anderen Region erscheint diese Aufgabe vordringlicher als im Nahen Osten, dessen Hauptprobleme weder naturräumlicher noch kultureller, sondern konkret politischer Natur sind. Daher erfordert auch deren Bearbeitung einen entschiedenen politischen Ansatz. Träger Politischer Zusammenarbeit sind Organisationen, die für bestimmte politische Werte und Interessen stehen und eine besondere politische Kompetenz aufweisen. Neben staatlichen Institutionen sind in Deutschland insbesondere die Politischen Stiftungen zentrale Akteure der Politischen Zusammenarbeit. Inhaltliche wie strukturgebende Grundlage der Zusammenarbeit der Politischen Stiftungen mit Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft, Wirtschaft sowie Medien ist das Partnerschaftsprinzip. Die Politischen Stiftungen arbeiten komplementär zur staatlichen Zusammenarbeit. Sie sind auch dort aktiv, wo staatliche Akteure hierzu nicht willens oder in der Lage sind.

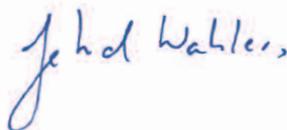
Politische Zusammenarbeit zeichnet sich durch eine breite Kooperation mit Partnern auf allen politischen Ebenen (Judikative, Exekutive, Legislative) und einer Vielzahl von gesellschaftspolitisch relevanten Akteuren aus und ist darauf angelegt, durch Bildung, Beratung und einen offenen Dialog auf politische Veränderungen hinzuwirken. Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen um eine Neuordnung deutscher Entwicklungspolitik, die auf mehr gleichberechtigte Partnerschaft und Eigenverantwortung zielt, scheint eine Intensivierung der Politischen Zusammenarbeit sowie deren institutionelle Aufwertung zu einer eigenständigen Säule neben der Technischen Zusammenarbeit (TZ) und der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) die logische Konsequenz.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung tritt bei der Gestaltung der Zusammenarbeit weder als ideenloser Geldgeber auf noch als Akteur, der anderen fertige Konzepte präsentiert. Vielmehr findet die Stiftung auf der Basis ihrer Werteorientierung kompetente Partner vor Ort, mit denen Projekte gemeinsam konzipiert und durchgeführt werden. Dabei sind es nicht nur die geographischen Berührungspunkte, sondern auch die seit Jahrhunderten engen politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen, die Orient und Okzident verbinden. Daher schließt das Konzept der Politischen Zusammenarbeit mit ein, dass Europa und Deutsch-

land gegenüber dem Nahen Osten auch legitime Eigeninteressen verfolgen, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Energie und Wirtschaft.

Das vorliegende Papier basiert auf zehn Grundsätzen, die auf die Entwicklung des Nahen Ostens und die Politische Zusammenarbeit eingehen, wie sie die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region gestaltet. Im zweiten Teil werden die Grundsätze kurz in zusammenfassender Form präsentiert und im anschließenden dritten Teil entfaltet. Dabei wird zunächst jeweils ein Befund dargestellt, auf dessen Basis anschließend eine Strategie der Politischen Zusammenarbeit entwickelt wird. Die Publikation schließt mit der Präsentation von – wiederum an den zehn Grundsätzen orientierten – Forderungen an die deutsche und europäische (Entwicklungs-) Politik.

Das Thesenpapier zur Politischen Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten ist zum einen als Positionierung der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser wichtigen Weltregion zu verstehen, auf dessen Grundlage in den nächsten Jahren die Gesamtstrategie der Stiftungsarbeit weiter entwickelt werden soll. Zum anderen verbindet sich mit dem Thesenpapier das Anliegen, die aktuelle Diskussion um eine vertiefte strategische Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens zu begleiten und hierfür Anstöße zu vermitteln. Die Inhalte wurden im Rahmen der Mitarbeiterkonferenz der Abteilung Afrika/Naher Osten der Stiftung im April 2010 in Marrakesch (Marokko) verabschiedet. Besonders danken möchte ich unserem Auslandsmitarbeiter, Dr. Martin Beck, der dieses Papier federführend zusammen mit dem Team Afrika/Naher Osten erarbeitet hat.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung

ZEHN GRUNDSÄTZE ZUR POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NAHEN OSTEN:

1. UMBRUCH IM NAHEN OSTEN BEGLEITEN

Abgesehen von Israel und der Türkei durchläuft der Nahe Osten eine Krise, die praktisch alle Aspekte des politischen und sozioökonomischen Lebens erfasst. Die Politische Zusammenarbeit mit der Region zielt darauf ab, mittels der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, zivilgesellschaftlicher Strukturen, des Dialogs zwischen den Kulturen und Religionen, der Sozialen Marktwirtschaft, der Bildungsförderung, des sicherheitspolitischen Dialogs und der Kooperation zwischen den Ländern der Region sowie der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und Deutschland einen Beitrag dazu zu leisten, lösungsorientierte Wege aus der Krise gemeinsam zu identifizieren und aufzuzeigen.

2. SOZIAL- UND MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG FÖRDERN

Keine Weltregion weist ein derart hohes Aufkommen von Renten auf wie der Nahe Osten, das heißt, die ökonomischen Prozesse werden in der arabischen Welt und im Iran stark durch Einkommen geprägt, denen keine Arbeits- und Investitionsleistungen der Empfänger gegenüberstehen und die deshalb nur selten produktive Verwendung finden. Zur Überwindung der mit dem Rentenbezug verbundenen Problematik ist die Förderung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geeignet, da sie den ordnungspolitischen Rahmen setzen kann, der nachhaltiges Wirtschaften auf gerechte und soziale Weise ermöglicht.

3. EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN, UM SOLIDARITÄT ZU ERMÖGLICHEN

Die ökonomische Krise geht mit einer sozialen Krise einher, die sich in der Dominanz des Staates manifestiert. Dieser neigt dazu, knappe Ressourcen zugunsten einer Verteilungspolitik zu verschwenden. Die konsequente Umsetzung der zwei Grundsäulen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft – Solidarität und Subsidiarität – kann zur Bewältigung der sozialen Krise beitragen.



Politische Zusammenarbeit setzt Dialog und Verständigung voraus. Dr. Hans-Gert Pötering MdEP, Vorstandsvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, verdeutlichte dies mit seiner Rede zur Zusammenarbeit zwischen Europa und den Staaten der Golf-Region vor dem „Emirates Center for Strategic Studies and Research“ in Abu Dhabi.

4. GRUNDLAGEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG UND RECHTSSTAATLICHKEIT SCHAFFEN

Der arabische Nahe Osten und der Iran wurden von der Dritten Welle der Demokratisierung nicht erfasst. Die Förderung von Demokratisierung ist dort deshalb zentral. Es gilt aber, dieses Ziel den Rahmenbedingungen entsprechend anzugehen. Dies bedeutet, dass Projekte spezifisch dort greifen sollen, wo „Demokratisierungshebel“ beim entsprechenden Land sinnvoll ansetzen können. Dabei ist insbesondere die Förderung guter Regierungsführung wichtig. Vor allem durch die Verankerung rechtsstaatlicher Strukturen erfahren die Menschen einen unmittelbaren Mehrwert.

5. PARTIZIPATION UND PLURALISMUS AUSWEITEN

Die politische Krise beinhaltet eine Partizipationskrise. Die Bürger der arabischen Welt und des Irans haben kaum Möglichkeiten, in effektiver Weise an der politischen Entscheidungsfindung mitzuwirken. Frauen

sind hierbei noch stärker eingeschränkt als Männer, weil die patriarchalische Ordnung ihre Entfaltung oftmals zusätzlich erschwert. Daher gilt es, politische Partizipation zu fördern, die primär an der Zivilgesellschaft ansetzt und die Förderung von Frauen als Querschnittsaufgabe versteht.

6. DIALOG DER RELIGIONEN UND KULTUREN VERTIEFEN

Innenpolitisch sind die meisten Staaten im Nahen Osten an Verteilungspolitik orientiert, außenpolitisch haben sie sich überwiegend an den Westen angelehnt. Dies erzeugt eine Opposition, die in religiös aufgeladener Atmosphäre vor allem Verteilungsgerechtigkeit fordert und anti-westliche Ressentiments instrumentalisiert. Die Politische Zusammenarbeit stellt sich dieser Tendenz (neben der Unterstützung eines auf dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft basierenden Dialogs) durch die Förderung eines kritischen und sachorientierten Dialogs mit Trägern eines moderaten Diskurses.

7. SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG MITEINANDER VERKNÜPFEN

Auch im Bereich der Sicherheit gehört der Nahe Osten insbesondere aufgrund seiner Bedeutung für den transnationalen islamistischen Terrorismus zu den am meisten belasteten Regionen weltweit. Problematisch ist dabei auch, dass manche Staaten im Nahen Osten dazu neigen, Terrorbekämpfung zur Repression nicht-gewaltsamer Opposition zu missbrauchen. Politische Zusammenarbeit setzt diesem Trend die Förderung einer Sicherheitspolitik entgegen, die auf den Konzepten der „Vernetzten“ und der „Menschlichen“ Sicherheit basiert.

8. SCHÖPFUNG BEWAHREN – ENTWICKLUNG NACHHALTIG SICHERN

Abgesehen vom Wassersektor, dessen Berücksichtigung in der Entwicklungszusammenarbeit konsolidiert ist, sind Umwelt- und Energieprobleme in der öl- und erdgasreichen Region des Nahen Ostens lange vernachlässigt worden. Die Politische Zusammenarbeit fördert das steigende Bewusstsein für Umweltprobleme und tritt für eine breitere Perspektive der Entwicklungsförderung ein, die Probleme, aber auch Chancen im Bereich Umwelt und Energie stets mitdenkt und sich diesen Fragen speziell im Zusammenhang der Unterstützung regionaler Kooperation widmet.

9. WISSEN VERBREITERN UND VERTIEFEN

Bildung ist in der Globalisierung, die den Trend zu wissensbasierten Gesellschaften verstärkt hat, eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Trotz einiger positiver Trends, so der vielerorts erfolgreichen Bekämpfung des Analphabetismus und der stark gestiegenen Zahl weiblicher Studierender an den Universitäten, weist die arabische Welt auch hier starke Defizite auf. Deren Behebung ist wichtiger Bestandteil der Politischen Zusammenarbeit: Abbau der Chancenungleichheit vor allem zwischen Reich und Arm sowie Stadt und Land, Modernisierung der Bildungsinhalte und der Vermittlungsformen sowie die Förderung bildungs- und forschungspolitischer Innovationen.

10. REGIONALE KONFLIKTE UND KRISEN KOOPERATIV BEARBEITEN

Ethnische, religiöse und territoriale Konflikte stehen im Nahen Osten einer umfassenden Zusammenarbeit und der regionalen Integration entgegen. Die Politische Zusammenarbeit will zu einer friedlichen Regulierung von Konflikten durch die Förderung von Vertrauensbildung und die Schaffung ideeller Voraussetzungen für Frieden beitragen. Im israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Politische Zusammenarbeit der europäischen Tradition der Ausgewogenheit verpflichtet und trägt mit ihren politischen Dialogmaßnahmen zur Realisierung der Vision zweier friedlich koexistierender Staaten bei. Auf dieser Basis könnte in Anlehnung an den vor sechzig Jahren verabschiedeten Schuman-Plan eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation der Länder der Region zur langfristigen Friedenssicherung beitragen.



Foto: Bundesregierung/Kugler, Steffen

Das Thema Religionsfreiheit und Dialog der Religionen wurde auch von Bundespräsident Christian Wulff während seiner Türkeireise im Oktober 2010 betont.

ENTFALTUNG: ZEHN GRUNDSÄTZE ZUR POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NAHEN OSTEN

1. UMBRUCH IM NAHEN OSTEN BEGLEITEN

BEFUND

Der arabische Nahe Osten durchläuft bereits seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Krise, die fast alle Bereiche des politischen und sozioökonomischen Lebens erfasst. Keiner der arabischen Staaten hat sich zu einer Demokratie entwickelt, nur andeutungsweise lassen sich Demokratisierungsprozesse erkennen. Im Unterschied zu etlichen Fällen in anderen klassischen Entwicklungsregionen hat es kein arabisches Land vermocht, in vielversprechender Weise auf die Überwindung von Unter- und Fehlentwicklung hinzuwirken und entscheidende Schritte auf dem Pfad autonomen, nachhaltigen Wirtschaftens zurückzulegen.

Auf zwei Länder des Nahen Ostens trifft diese Diagnose nicht zu: Israel und die Türkei, die beide Mitglieder der OECD sind. Israel in den Grenzen von 1949 ist eine konsolidierte Demokratie, und sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf überflügelt jenes etlicher Mitglieder der Europäischen Union deutlich. Ähnliches gilt für sein Bildungsniveau. Das Entwicklungsniveau der Türkei fällt zwar gegenüber dem besonders fortgeschrittenen israelischen Standard deutlich ab, aber auch dieses Land gehört im weltweiten Maßstab zu den höher entwickelten Staaten. Zwar handelt es sich bei der Türkei nicht um eine konsolidierte Demokratie. Aber seit der Abwahl der Einparteienherrschaft der Republikanischen Volkspartei im Jahre 1950 befindet sich das Land in einem Demokratisierungsprozess.

Die Entwicklungsniveaus der arabischen Welt zum einen und Israels sowie der Türkei zum anderen klaffen aufgrund völlig unterschiedlicher Entwicklungswege der letzten sechzig Jahren so weit auseinander, dass es trotz geographischer Nähe nur sehr bedingt Sinn ergibt, im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit auf Modellfunktionen abzuheben. In diesem Zusammenhang ist außerdem zu beachten, dass sich insbesondere Israel, aber auch die Türkei gegenüber der



Aus Feinden werden Partner: Der israelische Brigadegeneral (a.D.) Baruch Spiegel (l.) und der jordanische General (a.D.) Mansour Abu Rashid.

arabischen Welt auch soziokulturell deutlich abheben: Beide Länder haben seit ihrer Staatsgründung eigene Entwicklungswege verfolgt, die für die arabische Welt kaum attraktiv sind. Israels vom Zionismus geprägtes Selbstverständnis trifft im arabischen Nahen Osten sogar auf deutliche Ablehnung. Auch der von Kemal Atatürk in der Türkei durchgesetzte Laizismus widerspricht dem Selbstverständnis der arabischen Welt weitestgehend.

Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Zusammenarbeit mit Israel und der Türkei für die deutsche Politische Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung ist. Grundlage für die Kooperation mit Israel ist die sich aus der deutschen Vergangenheit ergebende, bleibende Verantwortung und die damit verbundene Verpflichtung, Israel darin zu unterstützen, in Sicherheit und Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Schwerpunkte bilden der deutsch-israelische Dialog, der eine zunehmende europäische Dimension erhält, sowie die Förderung der demokratischen und rechtstaatlichen Entwicklung, wobei hier ein besonderer Akzent auf der politischen und wirtschaftlichen Integration der israelischen Araber liegt. Zentrale Zielsetzung der Zusammenarbeit mit der Türkei, die der im Vergleich zu den arabischen Akteuren des Nahen Ostens ungleich intensiveren Beziehungen

der Türkei zur Europäischen Union Rechnung trägt, ist die Förderung des deutsch-europäisch-türkischen Dialogs. Traditionelle Schwerpunkte sind dabei Demokratieförderung, Kooperation im Bereich Kommunalpolitik, Pflege des Wirtschaftsdialogs und Medienzusammenarbeit. Im Rahmen der intraregionalen Politischen Zusammenarbeit im Nahen Osten konzentriert sich die Rolle Israels und der Türkei im Wesentlichen auf solche Bereiche, bei denen günstige Rahmenbedingungen für Kooperation zwischen der arabischen Welt, Israel und der Türkei herrschen bzw. hohe Anreize bestehen, diese herzustellen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die friedliche Bearbeitung regionaler Konflikte sowie Kooperationsprojekte vor allem in den Bereichen Umwelt und Energie (siehe Abschnitte 8 und 10).

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Ratio der Politischen Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens besteht grundsätzlich darin, diejenigen Akteure in Regierung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie Kultur und Religion zu unterstützen, die dazu beitragen wollen, produktive Wege aus der Krise zu finden. Dabei lässt sich die Arbeit der Stiftung grundsätzlich von Werten leiten, die auf dem christlichen Menschenbild basieren, gleichwohl universell verständlich und gültig sind. Politische Zusammenarbeit in der Region des Nahen Ostens soll einen Beitrag dazu leisten, dass in der Zukunft demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien und Institutionen, einschließlich pluralistischer Parteiensysteme, auf der Grundlage gemeinsamer Werte akzeptiert und implementiert werden. Die Zivilgesellschaft soll derart gefördert werden, dass Akteure wie Medien und Nicht-Regierungsorganisationen ihre gesellschaftspolitische Rolle wahrnehmen können. Dabei wird der sachorientierte Dialog zwischen den und innerhalb der Kulturen und Religionen auf nationaler und regionaler Ebene mit dem Ziel geführt, gemeinsame Positionen bei der Lösung gesellschaftspolitischer Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen. Durch die Unterstützung eines ordnungspolitischen Dialogs auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft sollen die Grundlagen gelegt werden, Reformmaßnahmen unter Mitwirkung privatwirtschaftlicher Akteure in Gang zu setzen. Durch die Förderung des sicherheitspolitischen Dialogs und weiterer konfliktpräventiver Maßnahmen soll die Gefahr gewaltsamer Konflikte in der Region gesenkt bzw. zu deren friedlicher Bearbeitung beigetragen werden. Schließlich geht es darum, Stabilität und Entwicklung in der Region zu fördern, indem die Zusammenarbeit unter den Ländern des Nahen Ostens sowie mit der Europäischen Union und Deutschland intensiviert wird.

Politische Zusammenarbeit im Nahen Osten ist werdebasiert, findet aber nicht im interessenpolitischen Vakuum statt: Legitime Eigeninteressen, beispielsweise deutsche Sicherheitsinteressen, können und sollen nicht aufgrund falsch verstandener Entwicklungspolitischer Selbstlosigkeit ignoriert werden. Die Erfolgsbedingungen Politischer Zusammenarbeit sind sicherlich dort optimal, wo es Partner gibt, mit denen ein Wertekonsens besteht. In einer so krisenbeladenen Region wie dem Nahen Osten, in der die Wertegrundlagen vieler zentraler Akteure nicht mit jenen in Europa und Deutschland deckungsgleich sind, bietet indes gerade die Politische Zusammenarbeit den Rahmen, die Spannungen bis zu einem gewissen Grad auszuhalten, um mittel- bis langfristig einen Konsens zu finden. Für die Politische Zusammenarbeit bedeutet dies konkret, im Kontext gegebener Strukturen zu arbeiten, in denen gleichwohl die eigenen Werte deutlich vertreten werden.

2. SOZIAL- UND MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG FÖRDERN

BEFUND

Die Ökonomien der arabischen Welt weisen zum Teil durchaus hohe, allerdings selten mit dem Bevölkerungswachstum mithaltende wirtschaftliche Wachstumsraten auf. Trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Dynamik haben es (im Gegensatz zu Israel und teilweise der Türkei) weder die arabischen Länder des Nahen Ostens noch der Iran vermocht, Fehlentwicklungen zu überwinden.

Von Ausnahmen wie dem Jemen abgesehen, besteht das Kernproblem des Nahen Ostens dabei nicht primär in Armut als vielmehr in der ineffizienten und ungleichen Verwendung vorhandener Ressourcen: Die Weltbank führt in der 40 Länder umfassenden Gruppe der Wirtschaftssysteme mit niedrigem Einkommen – sieht man von den Komoren, Mauretanien und Somalia als Mitgliedern der Arabischen Liga ab – kein Land aus dem Nahen Osten auf.

Keine Weltregion hat ein derart hohes Aufkommen an Renten wie der Nahe Osten, das heißt, die ökonomischen Prozesse werden in der arabischen Welt und dem Iran wesentlich durch Einkommen mitbestimmt, denen keine Arbeits- und Investitionsleistungen der Empfänger entsprechen und die deshalb nur selten nachhaltige Verwendung finden. Statt in produktive Sektoren zu investieren, neigen Rentiers dazu, einen Primat auf Verteilungspolitik zu legen und Korruption zu fördern, um die eigene Herrschaft zu stabilisieren.



Die Überwindung der negativen Wirkung von Renteneinkommen auf die nahöstliche Wirtschaft ist ein genuines Feld der Politischen Zusammenarbeit.

Am augenscheinlichsten wird der Rentencharakter der nahöstlichen Ökonomien bei den Erdölexporteuren in der Golfregion: Die dortigen Produktionskosten für Erdöl belaufen sich auf lediglich 1,5 bis 8 US-Dollar pro Fass. Diese niedrigen Kosten bewirken, dass der Rentenanteil groß ist. Auch wenn die Produktionskosten im Maghreb – in Algerien und Libyen – höher liegen, handelt es sich auch hier um Rentenökonomien.

Die Rentenproblematik erstreckt sich aber nicht nur auf die reichen, überwiegend bevölkerungsarmen Erdölstaaten, vielmehr handelt es sich um ein Phänomen der gesamten Region. So verfügen auch Staaten wie Ägypten und Syrien über Erdöleinnahmen: Diese sind zwar sehr viel geringer als am Golf, aufgrund deren insgesamt schwacher Ökonomien spielen aber auch dort Erdölrenten eine prägende Rolle. Noch schwerer wiegt, dass fast alle anderen arabischen Länder weitere Rentenquellen aufgetan haben: Zum Teil basieren auch diese auf natürlichen Ressourcen wie insbesondere Pottasche und Phosphat (Jordanien, Marokko). Sehr häufig handelt es sich auch um nicht-ökonomische Renten: So bezieht beispielsweise Ägypten Gebühren aus dem Suezkanal, die weit über dessen Instandhaltungskosten hinausgehen. Auch der aufgrund der historischen Kulturschätze in vielen Ländern entwickelte Tourismus ist von rentenpolitischer Bedeutung. Herausragend sind schließlich politische Renten: Hierbei handelt es sich um Budgethilfen, „weiche“ Kredite etc., deren Empfänger vor allem die bevölkerungsreichen, vergleichsweise armen Staatsbürokratien des Maschrek sind. Die wichtigsten Sender häufig wenig transparenter Zahlungstransfers sind die einkommensstarken Golfstaaten, für manche Länder wie etwa Ägypten und Jordanien sind auch Überweisungen aus dem Westen, insbesondere kaum konditionierte Hilfsleistungen aus den USA, von großer Bedeutung.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Weshalb bilden Renten ein ökonomisches Problem? Da sie nicht auf Arbeits- und Investitionsleistungen beruhen, stehen sie dem Empfänger zur freien Verfügung: Im Gegensatz zu Gewinnen marktwirtschaftlich operierender Unternehmen müssen Rentenempfänger ihre Einkommen nicht reinvestieren, um auch morgen Einkünfte erzielen zu können. Rentenempfänger werden nur dann einen Primat auf produktive Investitionen legen, wenn sie dazu durch besondere Anreize gleichsam genötigt werden. Diese Feststellung lässt zwei weitreichende Schlussfolgerungen für die Politische Zusammenarbeit zu. Erstens erscheinen die Renten und nicht die Rentiers als Problem. Im Gegensatz zu traditionellen Sichtweisen, die die Unter- und Fehlentwicklung im Nahen Osten gerne an der Mentalität oder einer angeblichen kulturellen Tradition festmachen wollen, betont diese Analyse, dass das Problem nicht bei den Menschen, sondern bei den Strukturen liegt.

Damit zusammenhängend gilt zweitens, dass rationale Gegenstrategien möglich und vielversprechend sind. Die negative Wirkung von Renten basiert nicht auf naturgesetzlichen Zusammenhängen, vielmehr ist sie Resultat eines problematischen Anreizsystems. Da die Rente als Einkommensart an sich keine Anreize zur Reinvestition setzt, müssen diese politisch geschaffen werden. Die Überwindung der negativen Wirkung von Rente ist demnach ein genuines Feld der Politischen Zusammenarbeit.

Das beste Mittel zur Überwindung der durch Renten auftretenden Probleme ist die Förderung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft¹. Dort wo das Marktprinzip wirkt und der Staat klare Regeln zu dessen angemessener Umsetzung setzt, können auch Renten produktiv verwendet werden. Zur Beseitigung der nahöstlichen Rentenproblematik leistet eine „reine“ freie Marktwirtschaft keinen geeigneten Lösungsansatz. Vielmehr muss ein starker Rechtsstaat etabliert werden, der im Gegensatz zum „reinen“ freien Markt dafür sorgt, dass die in Rentenökonomien verbreitete Korruption beseitigt wird. Weiterhin verhindert eine starke Wettbewerbsordnung, wie sie für die Soziale Marktwirtschaft zentral ist, dass die Existenz formal freier Märkte zur Schaffung von Monopolen missbraucht wird – auch dies ein weitverbreitetes Phänomen in den nahöstlichen Rentenökonomien, in denen häufig wenige staatlich begünstigte Unternehmer die Märkte oligopolistisch unter sich aufteilen. Von großer Wichtigkeit ist weiterhin die Förderung

¹ | „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ der Konrad-Adenauer-Stiftung

kleiner und mittlerer Unternehmen: Ein starker Mittelstand, der seine Interessen an der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien selbstständig vertreten kann, bildet das soziale Rückgrat für ein effektives Wettbewerbsrecht. Gleichzeitig sind kleine und mittlere Unternehmen strategische Partner für sozialpartnerschaftliche Modelle, die die sozioökonomische Basis der Sozialen Marktwirtschaft bilden.

3. EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN, UM SOLIDARITÄT ZU ERMÖGLICHEN

BEFUND

Die ökonomische Krise des Nahen Ostens geht mit einer sozialen Krise einher. Diese äußert sich zunächst in einer Dominanz des Staates, der dazu neigt, knappe Ressourcen zugunsten einer Verteilungspolitik zu verwenden, die vor allem den Kriterien der herrschaftspolitischen Legitimation folgt.

Der Staat im Nahen Osten ist sowohl zu stark als auch zu schwach: Er ist einerseits zu mächtig, weil er wegen der im Wesentlichen an ihn fließenden Renten über vergleichsweise hohe Finanzmittel verfügt, die er aufgrund mangelnder Kontrollinstanzen häufig auf nicht-produktive Art und Weise verwendet. Die Folgen sind eine falsche Zuwendung knapper Mittel und die Verschärfung vielfältiger sozialer Probleme. Besonders gravierend erscheinen hierbei die hohe Arbeitslosigkeit und Bildungsdefizite, wie sie gerade auch von arabischen Kritikern, insbesondere in den seit 2002 veröffentlichten Arab Human Development Reports, in überzeugender Weise formuliert worden sind.

Andererseits ist der Staat zu schwach, weil er oftmals keine bürgernahen Institutionen hervorgebracht hat, um die Bereitstellung öffentlicher Güter zu gewährleisten. So sind die Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur und die Schaffung guter Bildungschancen zu gering, um unter den Bedingungen der Globalisierung bestehen zu können. Statt ein leistungsorientiertes Steuersystem aufzubauen, neigt der Staat im Nahen Osten dazu, die Gesetzgebung zur direkten Besteuerung und deren Umsetzung zugunsten indirekter Besteuerung zu vernachlässigen. Das damit verbundene Problem der Verschärfung von Ungleichheit wird – statt durch marktkonforme soziale Sicherungssysteme – aufgrund der Schwäche staatlicher Institutionen durch Subventionen für Grundmittel wie Brot, Kochgas oder Benzin aufzufangen versucht. Diese Maßnahmen verzerren das ökonomische Anreizsystem aber nur weiter und verschärfen häufig das Problem der Ungleichheit, etwa weil die Entwicklung des Agrarsektors unter Nahrungsmittelsubventionen

leidet. Die in einigen Ländern begonnenen Liberalisierungspolitiken haben die Grenzen der Wirtschaftssysteme rasch aufgezeigt und belasten die Bezieher kleiner und geringerer Einkommen über Gebühr.

Spiegel der sozialen Krise im Nahen Osten ist auch die Auswanderung von Christen, denn sie ist zu einem Teil das Resultat deren begrenzter wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten in ihren arabischen Heimatländern. Aufgrund ihres in der Regel überdurchschnittlichen Bildungsniveaus gelingt es Christen besser, im westlichen Ausland Fuß zu fassen. Neben einer Verringerung der kulturellen Vielfalt des Nahen Ostens ist mit diesem Trend auch eine Abwanderung dringend benötigter hoch qualifizierter Arbeitskräfte verbunden. Die Politische Zusammenarbeit soll deshalb auch ein gesellschaftspolitisches Klima schaffen, welches ebenso die Christen im Nahen Osten motiviert, in ihrer angestammten Heimat zu bleiben.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die soziale Krise im Nahen Osten ist komplex und manifestiert sich in Formen, die nicht durch einfache Rezepte behoben werden können. Eine Liberalisierung der Märkte ist eine zentrale Komponente der Krisenbewältigung – diese aber, wie in der Vergangenheit nicht selten geschehen, als Allheilmittel zu propagieren, ist angesichts der schwach entwickelten sozialen Sicherungssysteme äußerst problematisch. Vielmehr muss ein klarer ordnungspolitischer Rahmen geschaffen werden: Solange die Arbeitsmarktpolitik im argen liegt und keine adäquaten sozialstaatlichen Maßnahmen der Armutsbekämpfung existieren, gefährdet beispielsweise die Abschaffung von Nahrungsmittelsubventionen den sozialen Frieden. Eine sozial unausgewogene Politik trägt dazu bei, dass islamistische Gruppierungen dieses Staatsversagen ausnutzen und durch das Angebot sozialer Leistungen ihre gesellschaftliche Basis verbreitern.

Aber auch eine einseitige Förderung von Arbeitnehmerorganisationen und Stärkung der Arbeitnehmerrechte führen in eine Sackgasse, denn ohne die gleichzeitige Schaffung von Leistungsanreizen und die angemessene Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat frustriert eine solche Politik die für die Dynamisierung der Wirtschaft unverzichtbaren ökonomischen Eliten und führt zu Kapitalflucht. Außerdem erfasst eine reine Gewerkschaftspolitik nur die Spitze des formalen Sektors und befördert damit nicht selten eine „Arbeiteraristokratie“ und die sie repräsentierenden Funktionäre, statt durch eine systematische Arbeits- und Sozialpolitik Leistungsanreize zu setzen.

Das beste Mittel, die soziale Krise im arabischen Nahen Osten zu bekämpfen und für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen, besteht in der Umsetzung der Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Solidarität und Subsidiarität. Ersteres sorgt dafür, dass die Marktwirtschaft sich immer wieder durch die Orientierung am Gemeinwohl legitimiert, und Subsidiarität schafft den Raum, der für die Entfaltung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative unerlässlich ist. Die Politische Zusammenarbeit dient hier vor allem der Schaffung von Dialogforen, aus denen heraus Wege zur Beachtung innovativer ordnungspolitischer Strukturen und Mechanismen entwickelt werden.

Die Umsetzung des Prinzips der Solidarität stellt die richtige Alternative zu einer diskriminierenden Verteilungspolitik dar, die einseitig jenen „strategischen“ Gruppen Hilfsleistungen gibt, welche die Potentiale besitzen, die autoritäre Herrschaft womöglich in Frage zu stellen, während alle anderen Gruppen unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft vernachlässigt werden. Die Beförderung einer Arbeitsmarktpolitik, die Anreize für individuelle Leistungen setzt sowie das Wachstum des formellen Sektors anregt und den im Nahen Osten verbreiteten informellen Sektor zurückdrängt, Armutsbekämpfung durch die Etablierung marktkonformer sozialer Sicherungssysteme und die Einführung eines leistungsorientierten Steuersystems müssen dabei Hand in Hand gehen. Eine entscheidende Grundlage dafür wiederum ist in der Einführung von Elementen einer subsidiaritätsorientierten demokratischen Ordnung zu sehen: Eigenverantwortung und Eigeninitiative sollen unter politischen Rahmenbedingungen, die Rechtsstaatlichkeit und Partizipationschancen garantieren, zur Entfaltung kommen.

4. GRUNDLAGEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG UND RECHTSSTAATLICHKEIT SCHAFFEN

BEFUND

Von einigen Ausnahmen wie dem Libanon abgesehen ist die Zivilgesellschaft gegenüber der Staatsbürokratie im Nahen Osten vergleichsweise schwach. Während sich im Zuge der Dritten Welle der Demokratisierung, die ihren Ausgang Mitte der 1970er Jahre in Südeuropa nahm, voll entwickelte Demokratien in Lateinamerika, Asien und in Subsahara-Afrika ausbreiteten, wurde der Nahe Osten von ihr nicht erfasst. Israel und die Türkei waren bereits in den 1950er Jahren demokratisch bzw. schlugen den Weg der Demokratisierung ein, der arabische Nahe Osten

und der Iran aber blieben autoritär. Zwar kommt es auch dort immer wieder zu Phasen der politischen Liberalisierung, die jedoch noch keine Demokratisierung im Sinne eines Prozesses darstellen, der nicht von oben kontrolliert und gelenkt werden könnte. So erklärt es sich, dass sich im Nahen Osten Phasen der Liberalisierung mit solchen der De-Liberalisierung abwechseln, in denen die herrschenden Regime zuvor gewährte politische Erleichterungen wieder zurücknehmen. Auch Politiken der Liberalisierung dienen dabei oftmals der Stärkung autoritärer Strukturen und sind damit – gemessen an ihren Intentionen – einer Demokratisierung nachgerade entgegengesetzt.

Die zwischen Liberalisierung und De-Liberalisierung pendelnde Politik der Regime im Nahen Osten ist eine Reaktion auf die Legitimationskrise des autoritären Staates, die allerdings dessen grundlegende Probleme nicht lösen kann. Wie sich nicht nur im Westen, sondern eben auch in Entwicklungsregionen auf allen Kontinenten gezeigt hat, ist auf Dauer eine demokratische Transformation am besten geeignet, die politischen, aber auch die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Förderung von Demokratisierung ist von zentraler Bedeutung – allerdings muss sie nicht unbedingt unter diesem in der arabischen Welt ungeliebten Etikett firmieren und vor allem muss sie mit Bedacht angegangen werden. Demokratisierungsförderung mit Bedacht bedeutet, dass Projekte und Maßnahmen spezifisch dort ansetzen, wo „Demokratisierungshebel“ beim entsprechenden Land greifen und unmittelbar den Mehrwert demokratischer Systeme unter Beweis stellen können. Dies kann, muss aber nicht immer, die Forderung nach sofortigen demokratischen Wahlen bedeuten (siehe Abschnitt 5). Angesichts der politischen Realitäten im arabischen Nahen Osten ist es oft sinnvoller, Prinzipien Guter Regierungsführung, rechtsstaatliche Verfahren und Institutionen wie die Verfassungsgerichtsbarkeit zu stärken sowie Partizipationsförderung qua Unterstützung zivilgesellschaftlicher Institutionen im Vorfeld der Bildung politischer Parteien voranzutreiben. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit mit politischen Parteien und Persönlichkeiten, die sich an demokratischen Standards und Werten orientieren.

Eine Politik der Liberalisierung kann entgegen den Intentionen ihrer Initiatoren, die ursprünglich auf eine Stabilisierung der bestehenden Systeme zielten, in die Transition hin zu einem demokratischen System umschlagen. Es hieße freilich die Möglichkeiten der Politischen Zusammenarbeit allein zu überschätzen,

wollte man direkt eine solche Veränderung befördern. Chancenreich und deshalb anzustreben ist es jedoch, einen Beitrag zur Verbesserung der vielfältigen Parameter zu leisten, die darüber entscheiden, ob in historischen Momenten, in denen Liberalisierung in Demokratisierung umschlagen kann, dies auch tatsächlich geschieht. Zu diesen Parametern gehören etliche Elemente, die durch Politische Zusammenarbeit geprägt werden und die neben der Verbesserung der Ausgangsbedingungen für eine Demokratisierung auch einen Selbstzweck darstellen, da sie im Rahmen der bestehenden autoritären Regime spürbare Verbesserungen für die Menschen im Nahen Osten mit sich bringen.

So ist die Pflege guter Regierungsführung von zentraler Bedeutung: Dieser „von oben“ angreifende Ansatz fördert im Staatsapparat selbst die Entwicklung von Personal, das sich demokratischen Werten verpflichtet fühlt. Die Einführung und Umsetzung rechtsstaatlicher Elemente verbessern die politische Situation auch unter der Bedingung einer noch nicht überwundenen autoritären Herrschaftsstruktur. Die Stärkung rechtsstaatlicher Elemente und Strukturen geht dabei im politischen Dialogprozess mit der Förderung der Gewaltenteilung und Implementierung der durch sie gegebenen Kontrollfunktionen einher. Gute Regierungsführung trägt zudem dazu bei, die soziale und ökonomische Krise produktiv zu bearbeiten, insbesondere in Form der Bekämpfung von Korruption. Gute Regierungsführung und daraus abgeleitete rechtsstaatliche Implikationen werden auch ihren wirtschaftlichen Mehrwert unmittelbar unter Beweis stellen: So kommen jene Länder der Region, in denen Rechtssicherheit herrscht, in den Genuss höherer ausländischer Direktinvestitionen.

5. PARTIZIPATION UND PLURALISMUS AUSWEITEN

BEFUND

Die politische Krise beinhaltet eine Partizipationskrise: Die Bürger im arabischen Nahen Osten haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, an der politischen Entscheidungsfindung mitzuwirken. Dies lässt sich zunächst an der geringen Bedeutung von Wahlen im Nahen Osten festmachen. Ungeachtet einiger Reformen in jüngerer Zeit wird in Saudi-Arabien immer noch kein nationales Parlament gewählt, und auch in anderen Golfstaaten weisen die Volksvertretungen eine äußerst schwache Position auf. In Syrien finden Wahlen nach dem Vorbild des „real existierenden“ Sozialismus statt, ähnliches gilt für Libyen. Aber auch bei den westlich orientierten Ländern lassen die



Politische Partizipation „von unten“ muss gefördert werden. Die Stärkung demokratischer Verfahrensregeln und Transparenz können zu positiven Entwicklungen führen.

Wahlgänge demokratische Verfahrensregeln und Transparenz vermissen. In den konstitutionellen Monarchien Jordanien und vor allem Marokko weisen die Parlamentswahlen zwar ein sehr viel höheres Maß an Kompetitivität auf, als dies etwa in Ägypten oder Tunesien der Fall ist, doch hier wird die Exekutive jeweils vom Monarchen dominiert. Außer Israel und der Türkei lassen sich im Nahen Osten überhaupt nur wenige Beispiele finden, in denen in den letzten Jahren und Jahrzehnten freie Wahlen stattfanden, die gleichzeitig einen spürbaren Einfluss auf die politische Exekutive ausübten: Libanon, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Irak, Iran und Jemen (sowie Mauretanien). Auch in diesen Ländern überwiegen indes massive Probleme: Neben der in allen Fällen fragwürdigen demokratischen Orientierung der Gewählten zählen dazu vor allem Putsche und Phasen nicht-verfassungskonformer Regierungen (Mauretanien, Palästinensische Autonomiegebiete), die herausgehobene Rolle nicht gewählter Entscheidungsträger (Iran), die Mehrheitsverhältnisse verzerrende Wahlgesetze und Wahlmanipulation (Iran, Jemen, Libanon), die eingeschränkte Partizipation aufgrund des mangelnden Gewaltmonopols des Staates (Irak, Jemen, Libanon) und die starke Einflussnahme externer Akteure (Irak, Libanon, Palästinensische Autonomiegebiete).

Die Mitwirkungsrechte der Bürger in den arabischen Ländern und im Iran sind demnach eng begrenzt. Das gilt für beide Geschlechter, betrifft Frauen jedoch in besonderer Weise: Halten die überkommenen Strukturen für Männer gleichsam als traditionell verankerte Entschädigung für mangelnde politische Mitwirkungsrechte Einfluss im Rahmen patriarchalischer Strukturen bereit, so sind Frauen hier stark eingeschränkt.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Förderung politischer Partizipation sollte „von unten“ geschehen. Dabei ist angesichts der politischen Gegebenheiten im Nahen Osten die unmittelbare Zusammenarbeit mit bestehenden politischen Parteien eine Option – oftmals jedoch nicht die erfolgversprechendste: Die autoritären Regime des Nahen Ostens haben vielfach gerade die politische Parteienlandschaft nach ihrem Willen gestaltet, und nicht selten schmücken sich politische Parteien in der Region mit realitätsfernen demokratischen Etiketten. Stärker als bei den bestehenden politischen Parteien finden sich Partner, die Werte wie Demokratie und Menschenrechte teilen, in der Zivilgesellschaft und deren Organisationen. Die Stärkung solcher Gruppierungen verspricht auch ein dringend benötigtes Gegengewicht zu den im Nahen Osten mit Abstand stärksten Akteuren der Opposition zu bilden: den islamistischen Organisationen und Parteien. Weiterhin gilt es, den Dialog mit den Parlamenten und Parlamentariergruppen zu pflegen: Auch wenn diese häufig nur wenige Kompetenzen besitzen und ihre Rolle im politischen System nicht selten marginalisiert wird, so ist es doch gerade eine zentrale Aufgabe, sie in ihrer offiziellen Rolle als Volksvertreter zu stärken.

Auf überzeugende Art wird die mangelnde Teilhabe von Frauen in den Lebensbereichen der Moderne in den Arab Human Development Reports neben dem Demokratiedefizit und den rückständigen Bildungs- und Forschungssystemen als zentrales Entwicklungsdefizit herausgearbeitet: Die Frauen in der arabischen Welt haben in ihrer beruflichen Entwicklung und Partizipation oftmals nicht die gleichen Chancen. Die Förderung von Frauen stellt somit eine entscheidende Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Politischen Zusammenarbeit dar.

6. DIALOG DER RELIGIONEN UND KULTUREN VERTIEFEN

BEFUND

Der Staat in der arabischen Welt und im Iran ist gegenüber der Gesellschaft mit vergleichsweise hohen Macht- und Finanzmitteln ausgestattet, die er häufig nutzt, um als Verteilungsagentur gegenüber der Gesellschaft aufzutreten. Dabei geht er oftmals diskriminierend vor: So werden Mitglieder oberer Schichten mit Oligopolen und Subventionen privilegiert, während Angehörige der Mittelschichten als Freiberufler marktverzerrende Lizenzen und als Angestellte Jobs im aufgeblähten öffentlichen Sektor erhalten und die unteren Schichten in den Städten mit Nahrungsmittel-

subventionen abgespeist werden. Zumindest in den Städten wird jedoch kaum eine Schicht völlig ignoriert. Aufgrund der staatlichen Verteilungspolitik entwickelte sich Opposition im Nahen Osten weniger unter dem Freiheits- als unter dem Gerechtigkeitsbanner: Mehrheitlich wird weniger eingeklagt, dass Eingriffe des Staates klaren Regeln unterliegen und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Raum für Eigenverantwortung und Eigeninitiative garantieren müssen. Vielmehr steht die Forderung nach einer die eigenen Bedürfnisse stärker berücksichtigenden, als „gerecht“ verbrämten Verteilung der Ressourcen durch den Staat im Vordergrund.

Nachdem in den 1960er und 1970er Jahren im Nahen Osten das Scheitern von Entwicklungsprojekten, die starke Anleihen an sozialistischem Gedankengut gemacht hatten, offenbar wurde, ohne dass die herrschenden Regime neue Konzepte und Visionen hervorzubringen imstande waren, setzte sich in der arabischen Welt der Islamismus als dominante Oppositionsideologie durch. Diese erwies sich als sehr gut angepasst an die Rahmenbedingungen im Nahen Osten: So vermochten es die Islamisten zum einen, den im Islam stark verankerten Gedanken der Gerechtigkeit zu instrumentalisieren und Klientele dauerhaft an sich zu binden, die die Verteilungsgungerechtigkeit des herrschenden Regimes beklagten.

Zum anderen konnten sich die Islamisten die seit der Ära des europäischen Kolonialismus im Nahen Osten vorhandenen anti-westlichen Ressentiments zunutze machen und starken Rückhalt bei weiten Teilen der Bevölkerung erringen, indem sie westlichen Modellen und Werten ein eigenes, religiös geprägtes Wertesystem entgegensetzten. Dessen anti-westliche Stoßrichtung ist dabei nicht traditionell oder anti-modern, sondern erfüllt zentrale Funktionen in der Moderne, wenngleich auf problematische Weise: Der Islamismus gibt den Menschen sowohl eine Erklärung für die Krise des Nahen Ostens als auch eine sinnstiftende Vision, wie man sich aus ihr befreien könnte. Weiterhin ist die anti-westliche Attitüde Ausdruck einer effektiven Oppositionspolitik, da sich seit den 1980er Jahren fast alle herrschenden Regime der Region außenpolitisch am Westen orientieren.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Die Ausgangslage für die Politische Zusammenarbeit im Nahen Osten ist durchaus komplex: Die Ideologien sowohl der herrschenden Regime als auch der dominanten Oppositionsgruppen sind weitgehend undemokratisch, und der von der Opposition dominierte Diskurs weist starke anti-westliche Tendenzen auf.

Hieraus ist von Trägern westlicher Entwicklungszusammenarbeit häufig die Konsequenz gezogen worden, mit Vertretern religionsferner und areligiöser Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Diese haben sich allerdings von der eigenen gesellschaftlichen Basis entfernt: Die im Westen mitunter anzutreffende Forderung einer radikalen Verbannung religiöser Werte aus dem politischen Leben im Sinne des Atatürkischen Laizismus ist für die arabische Welt nicht geeignet. Geboten ist vielmehr ein kritischer Dialog mit Trägern eines moderaten, aber nicht areligiösen Diskurses, denn die im Rahmen eines solchen westöstlichen Dialogs erreichten Trägergruppen im Nahen Osten besitzen auch die Potentiale, zentrale Gruppen in ihren eigenen Gesellschaften zu erreichen. Im Vordergrund muss dabei der Dialog mit dem Islam stehen, aber auch die Pflege der Beziehungen zu den christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten besitzt im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit ihren festen Platz.

Im Rahmen eines solchen kritischen Dialogs steht nicht die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft an sich, sondern die Frage der politisch handlungsleitenden Ideale einer Religion im Rahmen einer pluralistischen Ordnung im Vordergrund. Ohne Differenzen leugnen zu wollen, kann ein solcher Dialog Brücken schlagen, die notwendig sind, um auf gemeinsamen Werten aufbauen zu können. Ausgangspunkt dafür ist die Überzeugung, dass grundlegende Werte wie Menschenrechte und Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit einen universellen Charakter besitzen: So sind die Menschenrechte im Nahen Osten genauso unverbrüchlich wie andernorts auch. Dasselbe gilt für demokratische Mitwirkungsrechte. Gleichzeitig beinhaltet dieser Ansatz, dass die Menschenrechte und die demokratischen Mitwirkungsrechte auf unterschiedliche Arten und Weisen mit Religion und Kultur verwurzelt und auf sie bezogen sind.

7. SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG MITEINANDER VERKNÜPFEN

BEFUND

Auch im Bereich der Sicherheit gehört der Nahe Osten zu den krisenhaftesten Regionen überhaupt, und zwar sowohl im Inneren als auch in seinen Beziehungen nach außen, nicht zuletzt Richtung Europa. Wenngleich sich die wichtigsten Rückzugsgebiete der Al-Qaida östlich des Nahen Ostens befinden, liegen ihre Wurzeln doch in Saudi-Arabien, und in vielen anderen Ländern des Nahen Ostens haben sich Zellen ausgebildet. Der transnationale islamistische Terrorismus des Nahen Ostens findet seine meisten Todes-

opfer in der Region selbst, richtet seine tödliche Macht aber auch auf den Westen, nicht zuletzt Europa und Deutschland.

Die Bilanz der Bekämpfung terroristischer Gewalt durch den Staat im Nahen Osten fällt widersprüchlich aus: Zum einen haben sich die meisten Staaten der Region in diesem Bereich durchaus kooperativ gezeigt und nicht nur den nationalen, sondern auch den transnationalen Terrorismus aktiv bekämpft. Zum anderen aber haben die Regime im Nahen Osten unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung häufig auch Oppositionsgruppen attackiert, die auf Gewalt als Mittel des Konfliktaustragens verzichteten, und Freiheitsrechte im Sinne einer Strategie der De-Liberalisierung eingeschränkt. Letzterer Befund wirft ein Schlaglicht auf ein tiefer liegendes sicherheitspolitisches Problem: Der autoritäre Staat im Nahen Osten tritt nicht nur als Akteur auf, der Sicherheit bereitstellt, sondern stellt gerade im Gegenteil mitunter auch eine Sicherheitsgefahr für seine Bürger dar, die vor seinen Übergriffen keinen ausreichenden rechtsstaatlichen Schutz genießen.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Der in der Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit dominante Ansatz, Fragen der polizeilichen und militärischen Sicherheit von Problemen der zivilen Sicherheit und der Entwicklung strikt zu trennen, ist nicht angemessen, insbesondere nicht im Nahen Osten. Dasselbe gilt für die in der Region nach wie vor stark verbreitete Staatszentrierung des sicherheitspolitischen Ansatzes. Demgegenüber beruht die Politische Zusammenarbeit in der Region auf einem ganzheitlichen, Sicherheit und Entwicklung miteinander verknüpfenden Ansatz, dessen sicherheitspolitische Komponenten auf den Konzepten der „Vernetzten Sicherheit“ und der „Menschlichen Sicherheit“ beruhen.

Vernetzte Sicherheit bedeutet, dass alle sicherheitspolitisch und entwicklungspolitisch relevanten Akteure und Ebenen als miteinander zusammenhängend begriffen werden müssen. Fortschritte im Bereich Sicherheit und Entwicklung können nur erfolgreich sein, wenn beide Funktionen Hand in Hand gehen. Politische Zusammenarbeit muss demnach die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für Entwicklung und Sicherheit analysieren und in integrierte Handlungskonzepte formen. Dies schließt ein, dass militärische, polizeiliche und zivile Komponenten von Sicherheit und Entwicklung miteinander verknüpft werden.

Staatliche Sicherheit und Integrität dürfen nicht in einem Gegensatz zur menschlichen Sicherheit und zum Schutz der Menschenrechte gesehen werden.

Die Politische Zusammenarbeit stärkt das Gewaltmonopol des Staates, um diesen in die Lage zu versetzen, die Sicherheit seiner Bürger umfassend zu gewährleisten, und trägt gleichzeitig dazu bei, dass dieses staatliche Gewaltmonopol in einem rechtsstaatlichen Rahmen ausgeübt wird.

8. SCHÖPFUNG BEWAHREN – ENTWICKLUNG NACHHALTIG SICHERN

BEFUND

Umwelt- und Energieprobleme wurden in der öl- und erdgasreichen Region des Nahen Ostens lange vernachlässigt. Auch der Westen hat den Nahen Osten meist eher durch die Brille des Energielieferanten und der damit verbundenen Probleme betrachtet und weniger als eine Region mit gravierenden Umwelt- und eigenen Energieproblemen verstanden.

Auszunehmen von diesem Urteil ist der im Nahen Osten prekäre Wassersektor, der in der Entwicklungszusammenarbeit seit längerem eine wichtige Rolle spielt: In der vielerorts durch Wüsten- und Halbwüstenklima gekennzeichneten Region des Nahen Ostens ist das Problem, die Bevölkerung mit ausreichend qualitativ hochwertigem Frischwasser zu versorgen, zunächst naturräumlich vorgegeben. Allerdings weist die Begrenztheit der Ressource Wasser im Nahen Osten auch politische Komponenten auf: Zum einen sind die nationalen Wassermanagementstrategien nicht selten mangelhaft, und zum anderen ist die regionale Kooperation, die aufgrund der Grenzüberschreitung mehrerer großer Flüsse (insbesondere Jordan, Euphrat/Tigris) von zentraler Bedeutung ist, verbesserungsbedürftig.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Der unterindustrialisierte Nahe Osten gehört nicht zu den Hauptverursachern des Klimawandels, ist aber gleichwohl von ihm betroffen und kämpft in Form der Wasserfrage mit einer regionalspezifischen Umweltproblematik. Der Einsatz für die natürlichen Lebensgrundlagen speist sich auch aus dem Auftrag, die Schöpfung zu bewahren. Politische Zusammenarbeit zielt in diesem Bereich darauf ab, Umwelt- und Entwicklungsförderung noch stärker miteinander zu verzahnen.

Das noch vor nicht allzu langer Zeit als Fronstellung wahrgenommene Verhältnis zwischen Produzenten von Erdöl und dessen Konsumenten ist inzwischen dem Verständnis gewichen, in einem globalisierten Energiesystem aufeinander angewiesen zu sein. Die



Der Einsatz für die natürlichen Lebensgrundlagen speist sich aus dem Auftrag, die Schöpfung zu bewahren.

noch in den Kinderschuhen steckende Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien (Wind- und Solarenergie) auf der einen und das in der Region erwachte Verständnis für Umweltprobleme und ihre Folgen auf der anderen Seite sind zu unterstützen. Außer der Intensivierung der europäisch-nahöstlichen Zusammenarbeit bietet sich der Umwelt- und Energiebereich im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit auch für eine Förderung regionaler Kooperation an, denn im Vergleich zu den meisten ökonomischen und handelspolitischen Feldern liegen die gemeinsamen Interessen auf der Hand. Dabei kommt auch privatwirtschaftlichen Initiativen und Public Private Partnerships (PPP) im Rahmen der europäisch-nahöstlichen Zusammenarbeit verstärkte Bedeutung zu. Deren Potentiale gilt es im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zu fördern.

Bei weitem nicht alle, aber doch viele Wasserprobleme lassen sich durch technische Ansätze wie den Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen, Staudammprojekten und umweltschonenden Abwassersystemen lösen. Weiterhin ließen sich viele hydrologische Probleme im Nahen Osten durch ein verbessertes nationales Wassermanagement einhegen, was aber eine verbesserte Abstimmung zwischen Entwicklungs- und Umweltzielen erfordern würde. So absorbiert der Bewässerungsfeldbau vielerorts einen guten Teil der knappen Wasserressourcen. Hier gilt es, Entwicklungsprojekte mit geringerer Wasserintensität und höherer Wassereffizienz zu fördern, wobei die spezifische Aufgabe der Politischen Zusammenarbeit darin besteht, auf die politischen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen, denn nicht selten muss die regionale und/oder lokale interessenpolitische Konstellation verändert werden, um eine besser aufeinander abgestimmte Entwicklungs- und Umweltpolitik voranzubringen.

9. WISSEN VERBREITERN UND VERTIEFEN

BEFUND

Der zweite Band des 2003 unter dem Titel „Building a Knowledge Society“ veröffentlichten Arab Human Development Report zeichnet ein schonungslos negatives Bild des Bildungs- und Wissenschaftssektors in der arabischen Welt, insbesondere auch im Vergleich zu anderen Weltregionen. Kritisiert wird der niedrige Modernitätsgrad der Wissensproduktion und Wissensaneignung in der arabischen Welt, wie sie etwa trotz hoher Wachstumszahlen bei der niedrigen Internetnutzung zum Ausdruck kommt. Es wird indes auch die Schwäche im Bereich klassischer Bildungsgüter dargestellt: In den letzten gut tausend Jahren sind in der arabischen Welt ungefähr so viele Bücher übersetzt worden wie in Spanien durchschnittlich in einem Jahr. Auch im Bereich Forschung und Entwicklung wird trotz einiger positiver Indikatoren bei wissenschaftlichen Publikationen die mangelnde Innovation kritisiert, wie sie sich etwa in der niedrigen Zahl von Patenten niederschlägt.

Trotz teilweise erfolgreicher Anstrengungen, Analphabetismus zu bekämpfen, gibt es in der arabischen Welt weiterhin Millionen von Mädchen, die keine Schulen besuchen. Gleichzeitig benachteiligen die arabischen Bildungssysteme zum einen Kinder, die aus Regionen jenseits der großen Städte stammen, und zum anderen solche, deren Elternhäuser über ein geringes Einkommen verfügen.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Bildung genießt in der arabischen Welt hohes Ansehen, und Erfolge bei der Problembewältigung sind hier sehr viel größer als in allen anderen hier behandelten Gebieten. Beeindruckend ist auch, dass die Weichen in die richtige Richtung gestellt worden sind: So machen Frauen an vielen arabischen Universitäten inzwischen mehr als die Hälfte der Studierenden aus.

Konkret findet Politische Zusammenarbeit zwei zentrale Betätigungsfelder im Nahen Osten. Erstens geht es darum, die politischen Rahmenbedingungen für die Aneignung und Verbreitung von Wissen zu verbessern. Erfolgreiche Bildungspolitik setzt zum einen voraus, dass Grund- und Freiheitsrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Freiheit der Forschung umgesetzt werden. Zum anderen ist Bildungspolitik untrennbar mit Sozialpolitik verknüpft: Es gehört zu den Aufgaben der Politischen Zusammenarbeit im Nahen Osten, die Entscheidungsträger aus Politik und Bildung zusammenzubringen, um gemeinsam



Bildung genießt in der arabischen Welt hohes Ansehen. Frauen machen an vielen arabischen Universitäten inzwischen mehr als die Hälfte der Studierenden aus.

Lösungen für die anstehenden Probleme zu erarbeiten. Die Kooperation und Zusammenarbeit im Bereich der Internationalisierung des Hochschulwesens, die notwendige Vernetzung und der Austausch über Inhalte bilden dabei wichtige Aufgabenbereiche. Zweitens soll über Stipendien- und Austauschprogramme zukünftiges Führungspersonal gezielt gefördert werden. Dabei soll Politische Zusammenarbeit auch, aber nicht alleine auf wissenschaftliche Exzellenz achten, vielmehr muss sie genauso Wert darauf legen, Menschen zu fördern, die herausragende wissenschaftliche Leistungen mit sozialpolitischem Engagement verknüpfen und bereit sind, dem Gemeinwohl zu dienen.

10. REGIONALE KONFLIKTE UND KRISEN KOOPERATIV BEARBEITEN

Ein zentraler Aspekt der Krisenregion des Nahen Ostens wird durch die Ballung grenzüberschreitender, ethnisch und religiös aufgeladener Konflikte markiert, die sich teilweise in massiven territorialen Positionsdifferenzen manifestieren. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts war die sunnitisch-schiitische Konfliktlinie vor allem in der traditionellen Rivalität zwischen dem Iran und dem Irak sowie in Auseinandersetzungen innerhalb des Libanon und Irak präsent. Seitdem aber weist der Konflikt eine zunehmend transnationale Dimension auf: Extremistische sunnitische und schiitische Gruppierungen stellen ihre islamische Legitimität gegenseitig in Abrede, und teilweise schüren Staaten diese Konflikte zur Unterstützung ihrer regionalpolitischen Ambitionen. Der bereits seit dem Untergang des Osmanischen Reiches virulente Kurdenkonflikt hat seit der Eindämmung und dem schlussendlichen Sturz Saddam Husseins in Folge der Irakkriege 1991 und 2003 eine neue Dynamik gewonnen, weil die vom irakischen Diktator unterdrückten

Kurden, deren Siedlungsgebiete sich auf die Türkei, den Irak, den Iran sowie Syrien erstrecken, im Irak politische Autonomie erhielten und die auch regionalpolitisch brisante Frage nach der staatlichen Integrität des Irak nicht endgültig beantwortet ist.

Die beschriebenen Konflikte stellen keine erschöpfende Liste dar: Zusätzlich zu nennen wären viele weitere wie der Westsaharakonflikt, der türkisch-armenische Konflikt oder Grenzstreitigkeiten in der Golfregion. Ein territorialer Konflikt ragt aber heraus: der Nahostkonflikt, dessen Kern der israelisch-palästinensische bildet. Dies liegt zum einen daran, dass der Nahostkonflikt die vitalen Interessen zweier Völker in grundlegender Weise berührt: Nach wie vor wird die staatliche Legitimität Israels von verschiedenen Seiten – der Hamas, dem Libanon und Syrien – nicht anerkannt. Gleichzeitig ist das palästinensische Volk seit über vierzig Jahren der israelischen Besatzung ausgesetzt. Zum anderen strahlt der Nahostkonflikt auf die gesamte Region des Nahen Ostens aus: Er blockiert die weitere ökonomische, politische und kulturelle Integration Israels in die Region. Im Nahen Osten wird der Beitrag des Westens zur friedlichen Regulierung des Nahostkonflikts oftmals als einseitig pro-israelisch wahrgenommen. Dies befördert in den arabischen Gesellschaften anti-westliche Ressentiments und schwächt die Reformbemühungen des Westens.

STRATEGIE DER POLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Ziel der Politischen Zusammenarbeit ist es, zu einer friedlichen Regulierung regionaler Konflikte beizutragen. Dies geschieht auf vielfältige Art und Weise: Zunächst fördert die Politische Zusammenarbeit Maßnahmen der Vertrauensbildung, denn ohne ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen können keine – und erst recht keine belastbaren – Vereinbarungen getroffen werden. Politische Zusammenarbeit schafft darüber hinaus Dialogforen, in denen die ideellen Voraussetzungen für Abkommen – von ersten Ideensammlungen bis hin zu Blaupausen – präsentiert und diskutiert werden können. Da sich etliche der oben angerissenen Probleme nur im regionalen Kontext lösen lassen, werden schließlich Maßnahmen unterstützt, die das Niveau länderübergreifender Kooperation heben und die Herausbildung regionaler Institutionen befördern. Erste Ansätze für (sub-)regionale Integration, wie sie etwa in der Arabischen Maghreb-Union (AMU), der Großarabischen Freihandelszone (GAFTA) und insbesondere dem Golfkooperationsrat (GCC) zum Ausdruck kommen, sind dabei zu unterstützen. Weiterhin widmet sich die Politische Zusammenarbeit der institutionalisierten Kooperation zwischen dem Nahen Osten und Europa, wie sie sich in

Folge des Barcelona-Prozesses im Jahre 2008 in der Gründung der Union für das Mittelmeer niedergeschlagen hat.

Die Politische Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung hält an der bereits in den 1970er Jahren im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) geschaffenen Tradition einer ausgewogenen europäischen Politik im Nahostkonflikt fest: Es gilt, einen Friedensprozess zu fördern, dessen Ziel es ist, dass Israel und Palästina als zwei souveräne Staaten friedlich koexistieren. Das in den Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen festgelegte Prinzip „Sicherheit für Frieden“ bietet hierbei den Orientierungsrahmen für einen auf den 1967 von Israel eroberten palästinensischen Gebieten zu errichtenden palästinensischen Staat. Eine dauerhafte, friedliche Regelung des Konflikts setzt zum einen voraus, dass die Sicherheit des Staates Israels gewährleistet und vor allem der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen eingestellt wird. Zum anderen ist das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu achten, was u. a. einen Stopp des Siedlungsausbaus in Ostjerusalem und dem Westjordanland beinhaltet.

Bei der Realisierung einer friedlichen Konfliktregelung ist einerseits Eile geboten: Nicht nur gilt es, weiteres menschliches Leid nach Möglichkeit zu vermeiden, vielmehr ist eine rasche Problemlösung auch deshalb wichtig, weil das Zeitfenster, den Plan zweier friedlich koexistierender Staaten umzusetzen, deutlich kleiner geworden und nicht auszuschließen ist, dass es sich in absehbarer Zeit ganz schließt, wozu die Politik beider Konfliktparteien beiträgt: Die palästinensische politische Führung ist gespalten, verfügt über keine demokratische Legitimität und einer ihrer Vertreter – die Hamas – erkennt das Existenzrecht Israels nicht an. Durch die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland und im besetzten Teil Jerusalems wiederum werden Fakten geschaffen, die die Realisierung eines lebensfähigen und von der eigenen Bevölkerung legitimierten palästinensischen Staates extrem erschweren. Ein neuer Anlauf im Rahmen des Friedensprozesses ist durch den politischen Dialog gut vorzubereiten und vor allem auch während der Implementierungsphase intensiv von außen zu unterstützen, um eine Wiederholung des Scheiterns vergangener Initiativen zu verhindern.

ZEHN FORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE (ENTWICKLUNGS-)POLITIK

1. Die intraregionale Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Nahen Osten muss weiter vorangetrieben werden. Die Union für das Mittelmeer soll von Deutschland stark mitgestaltet und ihre politische Ausrichtung gestärkt werden.
2. Die EU und Deutschland sollen ihre Politiken der konditionalen Vergabe von Hilfsleistungen beibehalten, wobei eine Koordination mit anderen Gebern zu intensivieren ist.
3. Deutsche und europäische Nicht-Regierungsorganisationen der Politischen Zusammenarbeit, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in den Nahen Osten tragen, sind verstärkt zu unterstützen.
4. Demokratisierungsförderung muss die spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Länder des Nahen Ostens stärker als bisher berücksichtigen. Insbesondere müssen im politischen Liberalisierungsprozess vergleichsweise fortgeschrittene Regime erhöhte Anreize zu einer Vertiefung erhalten, indem ihnen im Rahmen der Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union greifbare Vergünstigungen angeboten werden.
5. Deutsche und europäische Nicht-Regierungsorganisationen der Politischen Zusammenarbeit, die bei der für den Nahen Osten besonders wichtigen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gegenüber der staatlichen und europäischen Ebene über komparative Vorteile verfügen, sind weiter zu stärken.
6. Der kritische Dialog mit politischen zivilgesellschaftlichen Akteuren des Nahen Ostens, die auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichten, ist zu intensivieren, wobei der Arbeit der deutschen und europäischen nicht-staatlichen Organisationen der Politischen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle zukommt.
7. Die Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen Ostens zur Eindämmung des Terrorismus ist fortzusetzen und mit der Arbeit zur Förderung rechtsstaatlicher Prinzipien und der Gewaltenteilung zu verknüpfen.
8. Euromediterrane privatwirtschaftliche Projekte und Public Private Partnership (PPP), die Entwicklungsziele und Umweltschutz im Nahen Osten miteinander verzahnen und gleichzeitig auch den Interessen Deutschlands und der EU dienen, sind verstärkt zu fördern.
9. Akteure der Politischen Zusammenarbeit sollen bei der Bildungs- und Wissenschaftsförderung, die eine wichtige entwicklungspolitische Herausforderung im Nahen Osten darstellt, weiter gestärkt werden, denn zum einen sorgen sie für die Verknüpfung von Wissenschaft und Politikberatung und zum anderen für jene von Bildungsförderung und sozialem und politischem Engagement.
10. Im israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Möglichkeit einer Umsetzung der Vision zweier friedlich koexistierender Staaten weiterhin gegeben. Die drohende Schließung des Zeitfensters muss als Anreiz begriffen werden, eine effektive Friedensregelung tatsächlich bald umzusetzen, wofür aber zunächst die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Akut impliziert dies zum einen, die Wiederherstellung einer Einheitsregierung zu fördern, die über das Westjordanland und den Gazastreifen herrscht, und diese dann bei der Vorbereitung baldiger demokratischer Wahlen zu unterstützen. Zum anderen gilt es, einen bedingungslosen Siedlungsstopp in Ostjerusalem und dem Westjordanland zu erwirken. Außerdem ist die Blockade des Gazastreifens zu beenden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Autor

PD Dr. Martin Beck

Redaktion

Dr. Andreas Jacobs, Dr. Hardy Ostry,
Dr. Oliver Ernst, Julia v. Perfall

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Fotos

KAS, Seite 6: Bundesregierung/Kugler, Steffen

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011 Konrad-Adenauer-Stiftung

ISBN 978-3-941904-80-4





www.kas.de

ISBN 978-3-941904-80-4